

Die Gewerkschaften fordern Umbau der Wirtschaft.

Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund und der Allgemeine freie Angestelltenbund haben gemeinsam mit einer Anzahl Wissenschaftler erneut Forderungen für den Umbau der Wirtschaft gestellt. Die ungeheure Krise macht es zur zwingenden Aufgabe unserer Zeit, mit dem Kampfe um die Überwindung der Krisennot planvolle Maßnahmen gegen die Wiederkehr gleichartiger Katastrophen einzuleiten. Der Umbau der jetzigen planlosen Wirtschaft in eine planvolle Gemeinwirtschaft ist unerlässlich. In der angustierenden planmäßigen Bedarfsdeckungswirtschaft muß die Gesellschaft die Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel haben. Aus dieser Zielsetzung ergeben sich folgende Richtlinien für eine den wahren Interessen des Allgemeinwohls dienende Wirtschaftspolitik:

Konjunkturpolitik und Massenkaufkraft.

Die planmäßige Entwicklung der Wirtschaft erfordert die Anpassung der Produktion an den gesellschaftlichen Bedarf. Zur Verhütung der Krisen und zur Förderung des wirtschaftlichen Fortschritts ist entsprechend der wachsenden Produktivität der menschlichen Arbeit eine systematische Stärkung der Massenkaufkraft

und die Regelung der Kapitalbildung sowie der Kapitalverwendung notwendig. Mit der steigenden Produktivität der Arbeit ist die

Arbeitszeit zu verkürzen. Die vierzig-Stunden-Woche ist sofort gesetzlich durchzuführen, sie muß zurecht als das Höchstmäß der zulässigen Arbeitszeit gelten. Zur Milderung der Konjunkturschwankungen müssen Reich, Länder, Gemeinden und sonstige öffentliche Körperschaften ausreichende finanzielle Mittel für Arbeiten und Aufträge in der Krisenzeit bereitstellen. Die Träger der Sozialversicherung müssen während der guten Konjunktur Reserven bilden, deren Einsatz in der Krise dem Wabinken der Massenkaufkraft entgegenwirkt.

Industrie und Handel.

Der demokratische Staat muß entscheidenden Einfluß auf die Entwicklung der Industrie und des Handels ausüben, um sie zum Wohl der Allgemeinheit zu lenken. Die Schlüsselindustrien sind der Willkürherrschaft der Privatmonopole zu entziehen und in Gemeinbesitz zu überführen. Die Bodenschätze und die lebenswichtigen Rohstoffindustrien, ferner die gesamte Energiewirtschaft sowie der gesamte Verkehrsapparat, die die Grundlagen des modernen Wirtschaftslebens bilden, müssen von der Gesellschaft zum Nutzen der Allgemeinheit

planmäßig demirchaltet werden. In erster Linie sind zu verstaatlichen: der gesamte Bergbau einschließlich der Zehnbetriebe, die Eisenindustrie einschließlich der Schrottwirtschaft und die Metallgewinnung, die Großchemie, insbesondere die Herstellung von künstlichen Düngemitteln, die monopolisierten Zweige der Baustoffindustrie, insbesondere die Zementindustrie. Die Energie- und Verkehrswirtschaft ist in ihrer Gesamtheit in den Besitz der öffentlichen Hand zu überführen. Die Verstaatlichung und Verstaatlichung aller Eisenbahnen, Alle Kartelle und ähnlichen Zusammenschlüsse von Unternehmungen sowie monopolartige Konzerne und Einzelunternehmungen sind durch ein staatliches Kartell- und Monopolamt zu überwachen. Das Kartell- und Monopolamt hat die Anlage, Produktions- und Absatzpolitik sowie die Festlegung der Preise fändig zu prüfen und im Interesse der Allgemeinheit zu beeinflussen. Um die planmäßige Verbindung zwischen Massenbedarf und Produktion herzustellen und die Verteilungskosten zu verringern, ist der Zusammenschluß der Verbraucher in Konsumgenossenschaften zu fördern.

Kredit- und Bankwesen.

Das private Bankwesen ist durch ein staatlich beherrschtes Bankensystem mit der Aufgabe planmäßiger Kredit- und Kapitalverteilung zu ersetzen. Die Banken und sonstigen Kreditinstitute sowie die Versicherungsgesellschaften, insbesondere die Lebensversicherungen als Sammelbecken des Sparkapitals sind zu verstaatlichen. Als Lebergangsmäßnahme ist der kapitalmäßige Einfluß des Staates auf die Banken auszubauen. Alle Kapitalbeteiligungen öffentlicher Stellen bei Banken sind zur durchgreifenden Sicherung ihres Einflusses auf die Geschäftsführung zu benutzen. Bereits in der Lebergangszeit müssen die Kredite planmäßig verteilt und in der Richtung der planmäßigen volkswirtschaftlichen Bedarfsdeckung gelenkt werden. Diese Aufgabe hat

ein zentrales Bankennamt

zu erfüllen, das die Bewegung der Kredite durchleuchtet, Richtlinien für die Anlagepolitik der Kreditinstitute aufstellt und die Durchführung dieser Richtlinien überwacht. Das Bankennamt muß mit der Reichsbank, als der Hüterin des Geldwesens, eng zusammenarbeiten. Die Reichsbank ist von dem überwiegenden Einfluß der privaten Bank- und Industriekreise zu befreien. In ihrem Generalrat müssen neben dem Staat und der öffentlichen Wirtschaft alle wichtigen Wirtschaftszweige, vor allem die Gewerkschaften und Verbraucher, vertreten sein.

Agrarpolitik.

Die Arbeiterklasse erstrebt einen gerechten Ausgleich zwischen Stadt und Land. Jedem werksfähigen Landwirt gebührt ein angemessenes Einkommen für seine aufgewandte Arbeit. Der landwirtschaftliche Arbeiterlohn ist abhängig von der Erhaltung und Erhöhung der Massenkaufkraft. Daher müssen alle Maßnahmen gegen die Preisbeeinflussung, insbesondere alle Schutzmaßnahmen gegen die ausländische Konkurrenz, auf die Kaufkraft der heimischen Verbraucher Rücksicht nehmen. Zur Sicherung der Landwirtschaft gegen übermäßige Schwankungen der Erlöse ist der Markt durch staatliche Handelsmonopole

so wie planmäßige Beeinflussung des Umfangs und der Richtung der Produktion zu regulieren. Die Spanne zwischen Erzeuger- und Verbraucherpreisen ist durch staatliche Maßnahmen und durch direkte Zusammenarbeit der landwirtschaftlichen Absatzgenossenschaften mit den städtischen Verbrauchergenossenschaften zu verringern. Um die Lage der Kleinbauern zu verbessern, muß der Staat das Frachtwesen fördern, die Feldbereinigung beschleunigen und die

Bildung von Produktgenossenschaften unterstützen. Der nicht mehr lebensfähige

Großgrundbesitz ist in Bauernland

oder in genossenschaftliche Großbetriebe umzuwandeln. Die Siedlungsstellen müssen ausreichende Lebensmöglichkeiten gewähren. Bei der Auswahl der Siedler sind in erster Linie Landarbeiter zu berücksichtigen. Jede Subventionierung des Großgrundbesitzes ist einzustellen. Das Großgrundigentum ist in Gemeinbesitz zu überführen.

Außenhandelspolitik.

Die Außenhandelspolitik, die gegenwärtig von privaten industriellen und agrarischen Interessen beherrscht wird, ist in den Dienst der Lenkung der Volkswirtschaft zu stellen. Sie hat die Einordnung der deutschen Volkswirtschaft in die internationale Arbeitsteilung zu fördern und der Gefahr ihrer Abschneidung vom Weltmarkt vorzubeugen. Die Zoll- und Handelspolitik Deutschlands muß auf den

Umbau der Handelscheminnisse

gerichtet sein. Deutschland muß mit allen ihm zur Verfügung stehenden Mitteln die Wiederherstellung des inter-

Unser Gruß.



nationalen Währungs- und Kreditzusammenhangs fördern. Besonders muß der enge Zusammenhang der europäischen Wirtschaftskräfte angestrebt werden. Mit dem Ausbau der Planwirtschaft wird an die Stelle der heutigen privaten Außenhandelsbeziehungen der staatlich organisierte internationale Güterausgleich auf der Grundlage eines Außenhandelsmonopols treten.

Ausbau der Planwirtschaft.

Schon in Rahmen des bestehenden Wirtschaftssystems müssen die Vorläufe zur Planwirtschaft zusammengefaßt werden. Im besonderen muß die einseitige Führung der Eigenwirtschaft der öffentlichen Hand sichergestellt werden. Mit dem Ausbau der Planwirtschaft ist die zentrale Planstelle zu betonen. Sie hat in enger Zusammenarbeit mit dem Bankennamt, dem Kartell- und Monopolamt, den Organen des Handelsmonopols und der Verwaltung der öffentlichen Wirtschaft ständig die Tätigkeit der einzelnen Zweige der Wirtschaft zu beobachten und auf ihre planmäßige Entwicklung hinzuwirken. Entsprechend der fortgeschrittenen Verstaatlichung der Banken und der Ausdehnung der öffentlichen Wirtschaft hat die Planstelle in Verbindung mit dem Bankennamt

volkswirtschaftliche Kreditverteilungspläne

aufzustellen. Mit den Organen des Außenhandelsmonopols muß sie die Richtlinien für den Außenhandel festlegen. Der Ausbau der Planwirtschaft muß Hand in Hand gehen mit der Demokratisierung der Wirtschaft. An allen öffentlichen Einrichtungen, die der Förderung oder Leberwachung der Wirtschaft, einzelner Wirtschaftszweige oder Wirtschaftszweige dienen, sind gemäß Artikel 165 der Reichsverfassung die berufenen Vertreter der Arbeitnehmer angemessen zu beteiligen.

Einheitsfront — Abwehrfront!

Der Vorstand des ADGB veröffentlicht die folgende Erklärung zur Einheitsfrontfrage: „Seit dem Sturz der Regierung Brüning wird der Gedanke der Einheitsfront der Sozialdemokratie und der Kommunistischen Partei unter der Arbeiterchaft in den Betrieben lebhaft erörtert. Der Vorstand des ADGB ist fest davon überzeugt, daß der Kampf gegen den gemeinsamen Feind das

geschlossene Vorgehen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zur gebieterischen Pflicht macht. In den anderthalb Jahren der Nachkriegszeit, seit dem Beginn der verhängnisvollen politischen Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung waren die freien Gewerkschaften die Träger des Einheitsgedankens.

In ihren Reihen war dieser Gedanke in den Grenzen des politischen Möglichen verwirklicht. Doch man sich von allen Seiten gerade an sie, insbesondere an den Vorstand des ADGB, wendet, die Rolle des Mittelers zu übernehmen, beweist, daß diese Tatsache allseitig anerkannt wird.

Leider hat diese Anerkennung noch nicht zu der Einsicht geführt, daß die Voraussetzung für eine Einheitsfront die Einstellung des geschäftigen und verfeindlichen Zwiespalt

ist, der tagtäglich in Versammlungen, in der Presse und in Flugblättern geführt wird. Das Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Deutschlands hat sich noch in neuester Zeit ausdrücklich dazu bekannt, diesen Kampf hemmungslos fortzusetzen.

In einer Erklärung vom 20. Juni 1932 sagt die kommunistische Parteizentrale: „Die Kommunisten erklären dabei ganz offen, daß sie nicht daran denken, den Parteien, mit deren Hilfe und durch deren Politik der Faschismus zur Macht gelangte, einen „Bürgerkrieg“ zu gewähren, wie es die SPD- und ADGB-Führer wünschen, weil sie um ihre Mandate zittern... Es gibt für die Kommunisten keinen „Bürgerkrieg“ mit Verrätern und Feinden der Arbeiterklasse. — Diese Erklärung ist unter ausdrücklicher Bezugnahme auf die Einheitsfrontbestrebungen in der Arbeiterchaft von der höchsten Instanz der KPD, abgegeben worden.

Unter diesen Umständen steht der Vorstand des ADGB für Einigungsversuche keine Erfolgsmöglichkeiten.

Die einseitige Abwehrfront der politischen Parteien der deutschen Arbeiterbewegung ist nur denkbar, wenn alle Beteiligten freiwillig darauf verzichten, die Kampfgenossen in entprechender Weise anzugreifen. Der Verzicht auf böswillige Verunglimpfung der Gewerkschaften und der Sozialdemokratie während des Wahlkampfes ist die Mindestbedingung, die die Kommunistische Partei erfüllen muß,

wenn der Vorstand des ADGB seinen Einfluß für die Bildung einer gemeinsamen politischen Abwehrfront in die Waagschale werfen soll. Es ist eine Forderung, auf die kein einziger Parteimitglied der Einheitsfront verzichten kann. Es wird die Aufgabe der organisierten Arbeiter selbst sein, die moralischen Grundlagen für ein einseitiges Vorgehen der gesamten deutschen Arbeiterbewegung zu schaffen. Sie müssen jedem, der den Zerwürfeln in ihren Reihen mit den bisherigen verwerflichen Mitteln in Wort und Tat fortsetzt, unzweideutig klarmachen, daß er den Lobreden der deutschen Arbeiterklasse den Weg zum Siege bahnt.“

Parlament der Bedarfswirtschaft.

Vom 6. bis 8. Juni wurde in Jena der 29. ordentliche Genossenschaftstag des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine abgehalten. — In seiner Eröffnungsrede äußerte sich der Vorsitzende des Zentralverbandes Deutscher Konsumvereine, Heinrich Lorenz, auch kritisch zu den Ursachen der Krise, als die er eine Leberationalisierung der Betriebe, Leberproduktion und Fehlleistungen des Kapitals angab. Er wandte sich dagegen, daß die ohnehin schon geringe Kaufkraft des werktätigen Volkes noch weiter herabgedrückt wird. Unsere Wirtschaft- und Industriekritik hätten sich als solche Schiffsführer erwiesen. Deshalb wandte sich der Redner gegen Inflationen und Autarkiepläne, bekannte sich zu der Arbeit für den wirtschaftlichen Fortschritt und zur Arbeit für den gesellschaftlichen Fortschritt. Die deutsche Volkswirtschaft sei nicht zu retten, Reparationen zu zahlen, von denen bis Mitte nächsten Jahres bereits 677 Milliarden abgetragen worden seien. Die Wirtschaft-, Mitglieder- und Bilanzlisten der deutschen Konsumgenossenschaften könnten sich sehr wohl sehen lassen. Wenn überall in der Privatwirtschaft die gleiche Gauberei und Gaubereifigkeit herrschen wie in den Konsumgenossenschaften, wie es um die deutsche Wirtschaft und das deutsche Volk besser bestellt. Zur Wahrnehmung ihrer Interessen würden die Genossenschaften unbedacht ihres Grundzweckes der religiösen und politischen Neutralität zwischen ihren Gegnern und den ihnen freundlich gesinnten Parteien und Körperschaften selbstverständlich einen Unterstoß machen.

Leber Entwicklung und Stand der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung berichtete Voltratz Klepzig vom geschäftsführenden Vorstand. Er wies die Zeit unserer Zeit als die Folge der Leberfälle an Öktern im kapitalistischen Wirrwarr nach, gab aber der Meinung Ausdruck, daß die Menschheit kaum mit einem plötzlichen Sturz des herrschenden Wirtschaftssystems rechnen könne, sondern sich auf eine allmähliche Umgestaltung zur planvollen Bedarfswirtschaft beschränken müssen. Die deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung werde von einem Fünftel des Volkes getragen. Die Mitgliedsziffer betrug Ende 1931 insgesamt 2,94 Millionen Haushaltungen und betrug sich bis zum 31. März 1932 auf rund 2,9 Millionen, war aber an diesem Tage größer als zu Beginn der Weltwirtschaftskrise. Der Umlauf der Konsumgenossenschaften des Zentralverbandes sank von 1212 Millionen Mark im Jahre 1930 auf 1047 Millionen Mark 1931, das sind 13,5 vom Hundert. Im ersten Vierteljahr 1932 verringerte sich der Umlauf gegenüber der gleichen Zeit des Vorjahres um 24 vom Hundert. Der Umlaufrückgang ist auf Preisermäßigungen zurückzuführen. Ihm steht eine mengenmäßige Umlaufvermehrung für die meisten Bedarfsgüter gegenüber. — Die Spareinlagen der Konsumgenossenschaften verminderten sich 1931 von 406 Millionen Reichsmark auf 319 Millionen. In den ersten drei Monaten 1932 trat eine Senkung des Spareinlagenbestandes um 18 Millionen ein.

Bei den Vorstandsberichten wies Hugo Bäcker in Hamburg darauf hin, daß die Lohnabnahmeempfänger keine Steuern bezahlen. Der Reichsfinanzminister habe von seiner Befugnis, diese Steuer aufzugeben, wenn dadurch eine Preisermäßigung erzielt würde, keinen Gebrauch gemacht, trotzdem die Konsumgenossenschaften in den Verhandlungen Vorstoß zur Preisermäßigung machten. Der Reichskommissar hat bei den Genossenschaften des Zentralverbandes nicht in Aktion zu treten brauchen. Die Steuerfreiheit der Konsumvereine sei Tag und Tag. Die Steuerleistung der dem Zentralverband angeschlossenen Genossenschaften betrug 1929 insgesamt 19.840.275 M., 1930: 26.770.603 M. und 1931: 32.282.079 M. Ein solches Unrecht ist die Steuerfreiheit des Sparabbaus für den Privathandel und die Besteuerung des Sparabbaus für den Konsumgenossenschaften durch Körperschafts- und Kapitalertragsteuer. Besonders temperamentvoll polemisierte der Redner gegen die Sondergebühren in Thüringen, die sogar von der Bevölkerung der Glendgebiete des Thürin-

ger Waldes, die zu 75 % den Genossenschaften angehöret, aufgebracht werden muß. Ebenso wandte er sich gegen die Jollpolitik und gegen die präferierenden Behältnisse einzelner Länder bei der Einfuhr von Fleisch. Die Bedeutung der Konsumgenossenschaften für die deutsche Agrarwirtschaft unterließ der Redner mit dem Hinweis darauf, daß die Genossenschaften für mindestens 125 Millionen Mark deutsche landwirtschaftliche Produkte gekauft haben.

Dem Tenor der Vorstandsberichte entsprochen zwei Entschlüsse gegen das Steuerrecht, gegen die Zuschüsse der Jollpolitik und Autarkiebestrebungen. Allein in der Stärkung der Kaufkraft der breiten Massen liegt die wohlverstandene Pflege des Binnenmarktes. — Für die kommunistische Opposition ist bezeichnend, daß sie gegen die Entschlüsse stimmte, die gegen Autarkie, Jollwucher und Steuerrecht Front machten.

Ueber internationale genossenschaftliche Angelegenheiten sprach Leipzig. Er machte dabei geltend, daß der Internationale Genossenschaftsbund 65 Millionen Mitglieder umfaßt. Mehr als 200 Millionen Erdbewohner könnten also als mittelbare und unmittelbare Anhänger der Genossenschaftsbewegung gelten. Das konsumgenossenschaftliche Fortbildungswesen behandelte Walter Hoff-Samburg. An Stelle des wegen Krankheit ausfallenden August Kauf wurde der schwäbische Staatspräsident Dr. Adam Kemmler in den geschäftsführenden Vorstand des Zentralverbandes gewählt. Die Vorstandswahl des Zentralverbandes von 1932 des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine sowie der Bericht der Revisionskommission, für keine Einwendungen gegen die Rechnungsabrechnung erhob, wurden gegen ganz wenige Stimmen genehmigt.

Im Anschluß an den Genossenschaftstag trat die Generalversammlung der GGG. zusammen, der im Geschäftsbericht des Vorstandes die Bilanzsumme des Jahres 1931 mit 197,50 Millionen Mark (43 Millionen Mark weniger als im Vorjahre) ausgewiesen wurde. Die verfügbaren Mittel beliefen sich auf 64,4 Millionen Mark. Die Warenbestände erhöhten sich gegenüber 1930 um 4 Millionen Mark auf 26,2 Millionen. Die Debitoren umfaßten 33 Millionen Mark. Das Stammkapital blieb mit 25 Millionen Mark unverändert. Die Reserven erhöhten sich um 3,4 Millionen auf 25,2 Millionen, die Hypotheken steigerten sich um 2,6 Millionen auf 10,5 Millionen Mark. Die Bankkreditlagen gingen um 57,3 Millionen auf 95,5 Millionen Mark zurück. Die Kreditoren blieben mit 28 Millionen Mark in gleicher Höhe des Vorjahres. Der Ueberschuß betrug 2,2 Millionen gegen 4,4 Millionen Mark im Vorjahre. In den ersten fünf Monaten des neuen Geschäftsjahres zeigte sich vermäßig gegenüber dem Vorjahre ein Umsatzzuwachs von 19,23 % von 170,4 Millionen Mark auf 187 Millionen Mark. Mengenmäßig ist der Rückgang prozentual nur gering.

Auf Vorschlag des Vorstandes wurde der Ueberschuß wie folgt verteilt: 1,113 Millionen Mark an den Inerstützungsfonds der Rotgemeinschaft der Konsumgenossenschaften und 1,113 Millionen an den Dispositionsfonds der Gesellschaft.

Bundesausschuhführung des DGB.

In der Nachmittagsitzung des Bundesausschuhes des DGB, über dessen Vormittagsitzung wir bereits in der vorigen Nummer des „Grundstein“ berichtet haben — berichtete Spilich über die vom Bundesvorstand ausgesandten Arbeitslinien über die „Arbeitskräfte für die erwerbslosen Jugendlichen“. Die Richtlinien, die den Funktionären der Gewerkschaften Anhaltspunkte für ihre Stellungnahme zum freiwilligen Arbeitsdienst geben sollen, behandeln die Frage der Arbeitsverteilung, der Arbeitsgestaltung, der Arbeitsgebiete und der kollektiven Arbeitskräfte. Die Gewerkschaften halten an ihrer ablehnenden Haltung zur Arbeitsdienstpflicht fest. Im Rahmen ihrer grundsätzlichen Anschauung halten sich die neuen Richtlinien. Sie bringen darüber hinaus noch Vorschläge, die eine Stellungnahme im Einzelfall ermöglichen. Bei der Arbeitsverteilung handelt es sich um Maßnahmen, insbesondere für zwei Gruppen von Jugendlichen, die Schulentlassenen, die keine Lehr- oder Arbeitsplätze finden können und die beschäftigungslosen Lehrlinge und die arbeitslosen an- und ungelerten Jugendlichen. Für die erste Gruppe wird ein weiteres freiwilliges Schuljahr angefordert, das als soziale Fürsorgemaßnahme aufzufassen ist und deswegen nicht mit Schulorganisatorischen Fragen in Verbindung gebracht werden soll. Die Wahl zwischen mehreren Weiterbildungsmaßnahmen, bei denen gleichermaßen Einrichtungen der Volkshochschule ins Auge zu fassen sind, muß den Eltern vorbehalten bleiben. Für die beschäftigungslosen Lehrlinge wird an die Errichtung von Sammellehrwerkstätten gedacht, wobei in erster Linie die Werkstätten der Berufsämter zur Verfügung zu stellen sind. Erforderlichenfalls sind auch leerstehende Fabrikten, Betriebe, Werkstätten, Bauplätze usw. zu benutzen. Für die arbeitslosen an- und ungelerten Jugendlichen soll ein zusätzlicher Berufshilfsunterricht über die durch Ortsämter festgelegte Wochenstundenzahl eingeführt werden. Selbstverständlich muß in diesem Rahmen außer der beruflichen Weiterbildung auch für die Allgemeinbildung und die sportliche Betätigung der Jugendlichen Sorge getragen werden. — Was die Arbeitsgestaltung angeht, so muß bei der Organisation und Durchführung der Arbeitskräfte für die erwerbslose Jugend die Beteiligung der Gewerkschaften sowohl an der zentralen als auch an der lokalen Verwaltung sichergestellt werden. Daß die Beschäftigung vorwiegend von erwerbslosen und für sorgereichen Zielen geleistet sein muß, bedarf keiner Begründung. Dementsprechend müssen Arbeitszeit und Arbeitsverteilung geregelt werden. Die Arbeiter, die im Rahmen der Arbeitskräfte zu leisten sind, müssen gemeinnützig und zulässig sein. Darauf muß in jedem einzelnen Falle geachtet werden.

Die „kollektive Selbsthilfe“ hat den Zweck, jugendlichen Erwerbslosen in stillgelegten Fabriken und Werkstätten Arbeit zu verschaffen und mit den Ergebnissen dieser Arbeit Arbeitslose zu versorgen. Insbesondere können Betriebe in Betracht, in denen Gegenstände des täglichen Bedarfs, wie Bekleidung, Schuhwerk, Hausatut hergestellt werden. Ebenso muß an die Durchführung möglicher Spielpläne in diesem Zusammenhang gedacht werden. Sie kann sich auch erstrecken auf die Errichtung der Arbeitslager, die Erzeugung gewisser Rohungsmittel für den

eigenen Bedarf der Arbeitsgruppen und auf sonstige Arbeiten der Selbstversorgung.

Wenn sich der Bundesvorstand entschlossen hat, den Funktionären durch Richtlinien Anhaltspunkte für die praktische Entscheidung zu schaffen, so hat er es gerade aus feiner menschlichen Einstellung zum freiwilligen Arbeitsdienst tun müssen. Es ist notwendig, im Interesse der für vorläufig unabhöhrbare Zeit arbeitslosen Jugend ein praktisches Programm zu schaffen.

In der eingehenden Aussprache wurden sowohl von den Verbandvertretern als auch von den Bezirkssekretären die Gründe und Gegenstände zum freiwilligen Arbeitsdienst lebhaft erörtert. Allgemein wurde hervorgehoben, daß der wirtschaftliche Nutzen der im freiwilligen Arbeitsdienst geleisteten Arbeit sehr gering ist. Man hob auch hervor, daß gerade unter der neuen Regierung besondere Vorsicht am Platze sei, weil in ihren Kreisen vielfach der freiwillige Arbeitsdienst nur als Vorstufe zur Arbeitsdienstpflicht angesehen wird. Vielmehr wurde reguläre Arbeiten als zuzehliche Arbeiten durchgeführt. Auch kann die Gefahr nicht verkannt werden, daß der freiwillige Arbeitsdienst mißbraucht wird, um die Löhne zu drücken. Diese kritischen Einwände ändern aber nichts an der Tatsache — und das kam auch in der Aussprache zum Ausdruck — daß die Arbeitskräfte für die erwerbslosen Jugendlichen eines der drängendsten Probleme der Zeit ist. Die Gewerkschaften können sich daher der Verpflichtung nicht entziehen, zu dieser Frage eine eindeutige Stellung einzunehmen, um so mehr als viel-

Die Reichstagswahl und die Bauarbeiter

Ist das Aussprachethema der Bundes-Tribüne

Aktivität
Disziplin
Einigkeit



unsere Lösung.

Der 12. Juli letzter Einsendungsstag.

sch Mittel für jugendpsychologische Aufgaben nur noch im Zusammenhang mit dem freiwilligen Arbeitsdienst beschafft werden können.

Gegenüber jeder pessimistischen Einschätzung der heute bestehenden Einflußmöglichkeiten der Gewerkschaften erklärte Leipart, daß die Gewerkschaften noch unzählige Gelegenheiten haben, ihren Einfluß auf eine sinnvolle Gestaltung des freiwilligen Arbeitsdienstes im Geiste der vom Bundesvorstand vorgelegten Richtlinien geltend zu machen. Dabei handelt es sich selbstverständlich in keiner Weise um eine grundsätzliche Festlegung der Gewerkschaften für alle Zeit. Die praktische Bedeutung des freiwilligen Arbeitsdienstes wird mit einer Besserung der wirtschaftlichen Lage geringer werden. Da jetzt von allen Seiten Vorschläge für seine Bekämpfung gemacht werden, sind die Gewerkschaften doppelt verpflichtet, Stellung zu nehmen und sich ihren Einfluß zu sichern.

Im weiteren Verlauf der Aussprache kam zum Ausdruck, daß man trotz aller Erfahrungen und Ausübungen den Erfassen der Lösung fragen müsse. Die Ablehnung durch die Gewerkschaften würde nur dazu führen, daß sich andere Organisationen der Sache bemächtigen. Da die Richtlinien zugleich eine Kritik an dem was ist, und an dem sind, was noch an Schlimmerem befristet werden könnte, so bedeutet ihre Annahme in keiner Weise eine positive Einstellung zum Arbeitsdienst. Da man aber vor der Tatsache steht, daß die zwei Millionen Jugendlichen auf absehbare Zeit nicht in den normalen Produktionsprozeß eingegliedert werden können, so muß man auf andere Weise durch eine konstruktive Idee Abhilfe schaffen. Man muß gewissermaßen den Versuch machen, neben der freien Wirtschaft eine andere aufzubauen, die von anderen Grundfragen bestimmt wird, eine zusätzliche Wirtschaftsorganisation für zusätzliche Versorgung.

Nach einem Schlußwort von Spilich, in dem er noch einmal die Hauptgesichtspunkte der vorgelegten Richtlinien erörterte, wurden die Richtlinien angenommen.

Internationale Arbeitskonferenz.

Die Sozialpolitik war nie Lieblingsfach der herrschenden Gesellschaft. Selbst nicht in der Zeit als die Wirtschaft blühte. Heute wird sie von den Kapitalisten als ein großes Uebel und als eine Hauptursache des schlechten Ge-

schäftsganges betrachtet. Daß in solcher Zeit eine internationale Konferenz, die der Förderung der Sozialpolitik zu dienen bestimmt ist, mit Erfolg arbeiten konnte; daß auf ihr die Beschlüsse mit größter Mehrheit gefaßt wurden als in den vergangenen Jahren, kann man wohl als überraschend bezeichnen.

Auf der 16. Tagung der Internationalen Arbeitskonferenz ist zwar eigentlich mehr von der Wirtschaft als von der Sozialgesetzgebung geredet worden, zumal über die schlechte Wirtschaftslage auch der beste Freund der Sozialpolitik nicht hinwegsehen kann. Und wer nicht ihr Freund ist, der weiß gerade auf die schlechte Wirtschaftslage hin zur Begründung sozial rückständiger Auffassungen. Wenn auch die Beschlüsse der Internationalen Arbeitskonferenzen keine unmittelbare Wirkung haben, so wohnt ihnen doch immerhin ein großer Wert inne. Die jüngste Tagung beschäftigte sich im wesentlichen mit der künftigen Tätigkeit des Internationalen Arbeitsamtes. Hierzu wurde eine Entschlüsselung angenommen, die von Joubaux, Mertens und Schürch eingebracht, dann in allerdings etwas abgeschwächter Form angenommen wurde. Die Entschlüsselung ist mehr wirtschaftlicher Natur, berührt aber so hohopolitische Fragen wie die der Reparationen und nimmt auch zur Frage der Arbeitsbeschaffung Stellung. Für die Annahme dieser Entschlüsselung hat sich mit besonderer Wärme noch Albert Thomas eingesetzt. Er hatte offen ausgesprochen, daß die Reparationsfrage liquidiert werden müsse, weil sie den Frieden und die Wirtschaft lähre. Die Entschlüsselung wendet sich an den Völkerverbund und an die einzelnen Staaten und verlangt die Organisierung und Finanzierung öffentlicher Arbeiten, Mitwirkung in der Reparationsfrage, eine Konferenz zur Regelung des Wohnungs- und Kreditwesens und eine weitere Konferenz zur Veranlassung der Fragen der Erzeugung der Waren und ihres Umlaufs.

In einer anderen Entschlüsselung fordert die Konferenz den Verwaltungsrat auf, die Frage der gesellschaftlichen Einführung der Vierzigstundennorm in allen Industriezweigen im Hinblick auf die Schaffung einer internationalen Regelung zu prüfen. — Zum erstenmal standen auf der Tagesordnung die Fragen der Aufhebung der gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlungsstellen sowie der Invaliden-, Alters- und Hinterbliebenenversicherung. Hierzu konnten nur Richtlinien aufgestellt werden. Zwei weitere Tagesordnungspunkte betrafen das Mindestalter für die Zulassung von Kindern zur Arbeit in nichtgewerblichen Berufen und die teilweise Veränderung des Lebensunternehmens über den Schuß des mit dem Beladen und Entladen von Schiffen beschäftigten Arbeiter gegen Unfälle. Sie wurden aus der Konferenz endgültig gerechelt. Die Zulassung von Kindern in nichtgewerblichen Berufen wurde durch einen Ueber-einkommensentwurf gerechelt. Das Ueber-einkommen soll alle Fälle erfassen, die noch nicht durch bereits früher angenommene Ueber-einkommen über die Zulassung von Kindern zur gewerblichen Arbeit, zur Arbeit auf See und zur Arbeit in der Landwirtschaft gerechelt worden sind. Ausgenommen sind die Seefischerei und Arbeit in Land- und Berufsschulen, wenn bestimmte Voraussetzungen zutreffen. Grundlegend wird gefaßt, daß Kinder unter 14 Jahren sowie solche, die das 14. Lebensjahr zwar überschritten haben, aber noch schulpflichtig sind, nicht beschäftigt werden sollen. Kinder mit vollendetem 12. Lebensjahr können nur Arbeiten ausüben, schon beschäftigt werden, wenn diese die Gesundheit und den Schulbesuch nicht beeinträchtigen und die Dauer von 2 Stunden an Schul- und Ferientagen nicht überschreiten. Weitere Ausnahmen sollen durch die Gesetzgebung durch die Ermächtigung von Fall zu Fall geschaffen werden können, wenn es sich um Belange der Kunst, der Wissenschaft oder des Interesses handelt. Der Ueber-einkommensentwurf über den Schuß der mit dem Beladen und Entladen von Schiffen beschäftigten Arbeiter behandelt eingehend sehr zahlreiche technische Einzelheiten, die der Unfallverhütung dienen. Die für die Invalidenversicherung aufgestellten Grundbegriffe entsprechen im wesentlichen der deutschen Gesetzgebung und werden sich im nächsten Jahr zum Ueber-einkommensentwurf verdichten. Ähnlich steht es mit der Abschaffung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung.

Aus diplomatischen Rücksichten ist auf Drängen Italiens die Geschäftsordnung des Internationalen Arbeitsamtes geändert worden. Jetzt ist es auf Umwegen möglich, italienische Fachleute — Italien ist im Internationalen Arbeitsamt schon lange vertreten — die bisher nie in irgendeinem Ausschuß gewählt worden sind, in solche Ausschüsse zuzulassen. Besonders unangenehm haben die Arbeitervertreter empfunden, daß neben den italienischen Anträgen auch eine Vorlage des Internationalen Arbeitsamtes zur Geschäftsordnung lief, durch die den Wünschen der Fachleuten voll Rechnung getragen wurde. Mit der Abänderung der Geschäftsordnung ist die Selbstbestimmung der Gruppe in einem wichtigen Punkt durchlöcher worden. Das muß sehr bedauert werden, möge aber den jetzt in schweren Entscheidungskämpfen befindlichen deutschen Arbeitern zeigen, daß der deutsche Faschismus, wenn sein Einfluß nicht stärker werden soll, schon bei den kommenden Wahlen zurückgeschlagen werden muß.

Gegen das Hunger-Regime!

Die gewerkschaftlichen Spitzenverbände aller Richtungen sprachen sich am 20. Juni gegen die Vorkorordnung des Papen-Hilfer-Kabinetts in einer Erklärung aus, die Aufruf und Kampfruf zugleich ist:

„Die gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen stellen einmütig fest, daß die in der Vorkorordnung enthaltenen Abbaumaßnahmen und Neubelastungen die schlimmsten Verfüchungen, die die gesamte deutsche Arbeitnehmerschaft auf Grund der programmatischen Erklärung der Reichsregierung gegen mußte, wohl überstreifen. Damit hat sie den Kampf aufgenommen gegen die sozialen Einrichtungen des Staates, den sie als soziale Wohlfahrtsmaßnahme bezeichnet hat. Dieser Angriff muß von den Gewerkschaften der Arbeiter, Angestellten und Beamten als eine Herausforderung empfunden und mit Entschiedenheit zurückgewiesen werden.“

Die unsern größten Opfern von den Arbeitnehmern auf-gebauten sozialen Versicherungseinrichtungen sind in ihren Grundlagern bedroht. Die Arbeitslosenversicherung ist praktisch beseitigt. Die Arbeitslosen werden rückwärts des

„Armenpflege“ überlassen. Die steuerlichen Neubelastungen sind vornehmlich den leistungsschwachen Schichten auferlegt.

Kein Arbeitsbeschaffungsplan, auch sonst kein aufbauender, in die Zukunft weisender Gedanke, der eine Besserung der furchtbaren Wirtschaftslage und ein Ende der immer fortschreitenden Verelendung des Volkes erhoffen läßt, ist zu erkennen.

Die Gewerkschaften wissen, daß die Not der Zeit Opfer fordert. Aber sie verlangen im Geist wahrer Volksgemeinschaft eine sozial gerechte Verteilung unermessbarer Reichtümer. Ein Staat, der sich in erster Linie zum Schutze des Reiches bereitfindet, verkennt seine vornehmste nationale Aufgabe.

Die Gewerkschaften appellieren an alle Kräfte in Staat und Volk, denen die Einheit des Volkes und das Wohl der Gesamtheit am Herzen liegt, sich mit ihnen in der Bekämpfung dieser sozialen Uebelstände zu vereinigen. Sie bitten die ihre ganze Kraft einzusetzen, um den breiten Massen des Volkes wieder den Lebensstrom zu verschaffen, der die unerlässliche Voraussetzung für die Gesundung von Wirtschaft und Staat ist.“

Die neuen Sätze in der Arbeitslosen-Versicherung.

Bei der Neuordnung der Arbeitslosenversicherung hat man in ganz sinnvoller Weise auf ein Ortsklassensystem zurückgegriffen, das für Beamte gilt und das seinerzeit errechnet wurde auf Grund der Durchschnittsgebiete. Die Zusatzverordnung zur Verordnung vom 16. Juni sieht für die Arbeitslosenversicherung folgende Unterstufungssätze vor: Die Ortsklassen richten sich nach der Einteilung, wie sie das Besoldungsgesetz für Reichsbeamte vorseht. Die besonderen Unterstufungssätze für Arbeitslose mit kurzer Beschäftigung und verschiedenen Arbeitsorten fallen fort. Die Vorschriften sind am 27. Juni in Kraft getreten; sie ergreifen auch laufende Unterstufungssätze. Soweit sich

Angehörige, dann bekommt er für alle zusammen 1,50 M mehr, also 6,50 M in der Woche. Dieser Satz wird gezahlt in den Orten der Sonderklasse und der Ortsklasse A. Derselbe Arbeitslose an einem Ort mit weniger als 10 000 Einwohnern bekommt wöchentlich 4,50 M für sich und für seine sämtlichen Angehörigen, ganz gleich, ob 1 oder 6, 1,20 M dazu, also höchstens 5,70 M. In den drei höchsten Lohnstufen erhalten die Arbeitslosen 11,70 M und für jeden zuschlagsberechtigten Angehörigen bis zu je 2,70 M mehr. Eine Familie mit 5 Kindern oder mehr erhält also 27,90 M in der Woche. In Orten der Ortsklasse B bis E mit mehr als 10 000 Einwohnern geben die Unterstufungs-

Die Arbeitslosen-Unterstufungssätze des Hitler-Direktoriums.

Table with columns for 'Ordnung der Sonderklasse und der Ortsklasse A' and 'Ordnung der Ortsklasse B und E'. It lists wage levels for different family sizes (1 to 6+ members) and population sizes (10,000+ vs. < 10,000).

nach diesen Vorschriften andere Unterstufungen als bisher errechnen, darf die bisherige Unterstufung noch bis zum 27. Juli d. J. weitergezahlt werden. Die Zusatzverordnung gibt dem Reichsarbeitsminister das Recht, öffentliche Arbeiten als Notstandsmaßnahmen zu erklären. Sie sind dann als gemeinnützig und zusätzlich im Sinne der §§ 139 und 139a des Gesetzes anzusehen. Zu der Tabelle ist noch zu bemerken, daß zur Sonderklasse und zur Ortsklasse A außer Berlin nur einige Großstädte gehören; alle übrigen Großstädte gehören in die Ortsklassen B bis E. Die Papen-Regierung hat die Wohlfahrtsamtstatistik nun schon so weit abgebaut, daß ein Arbeitsloser ohne zuschlagsberechtigten Angehörigen der untersten Lohnklasse mit 5,10 M in der Woche sein Leben fristen muß. Hat er 1, 2, 3, 4, 5, 6 oder mehr zuschlagsberechtigte

sätze der fünf höchsten Lohnklassen um 1,80 bis 3,60 M zurück, in Orten unter 10 000 Einwohnern um 3,30 M bis zu 8,70 M in den beiden höchsten Lohnklassen, betragen also 8,40 M ohne zuschlagsberechtigte Angehörige und im Höchstfalle 19,20 M für 6 und mehr zuschlagsberechtigte Angehörige. So wird jedem Arbeitslosen klargemacht, daß er nicht mehr in einem „Wohlfahrtsamt“ lebt, zumal er diese förmliche Unterstufung nur für 26 Tage bekommt. Die Quittung für diese Rechnung und für manches andere, was wir schon von der neuen Regierung bekommen haben, wird am 31. Juli ausgestellt werden müssen. Sie kann nur in der Formung bestehen: Hinweis auf diesem Junkersystem, Wiedererrichtung einer wirklichen Arbeitslosenversicherung und eines gerechten Fürsorgewesens.

Die peinliche Frage.

Ihr Nazis — wo seid ihr nun? Reichstagspräsident Lohde knüpft sich in einem Aufruf der sozialdemokratischen Presse in interessanter Weise die Nazis folgendermaßen vor: „Herr Goebbels hat einen Armeebefehl herausgegeben, von Papen und seiner Regierung darf in diesem Wahlkampf nicht gesprochen werden. Feinheiten sind nicht beliebt. Man bitte, sich auf Allertüren zu beschränken, auf Bränning und Groener, die Rosenberlinge und den Affen Fröhlich. Das möchte den Herren so passen — beim Geirigen zu verweilen. Wir sind so frei, neugierig zu sein, und werden all den Schweigenden den Mund zu öffnen versuchen. Wir werden immer wieder fragen, hundertmal peinlich werden, jeden braunen Hülaren interpellieren: Warum schreist du nicht: „Nieder mit der Regierung Papen!“ wie du „Nieder mit der Regierung Bränning!“ getuschelt hast, warum auf einmal nicht mehr „Weg mit den Notverordnungen“, „Schluß mit den drückenden Steuern?“ Ist Herr von Papen gegen die Franzosen und Polen schmeißiger losgefahren als seine Vorgänger? Hat er in Laufjahren mehr „nationale Würde“ an den Tag gesetzt als diese? Mitteilungslos hat er seine Anproben aus Coureuisse und Klugeißt französisch gehalten, von Streßmann, Hermann Müller, Curtius und Bränning deutsch gesprochen. Er hat sich beim Händschütteln mit Jaleski, dem polnischen Minister-

präsidenten, der deutsche Male verschert hat, kein Fußbreit Boden vom Korridor kehre zu Deutschland zurück, photographieren lassen. Er hat in seiner Rede kein Wort von der Kriegsschuldfrage erwähnt, nichts von der Aufhebung des Vertrages von Versailles. Warum, ihr tapferen Braumhendem, schreist ihr nicht: „Nieder mit der Regierung Papen!“? Weil euer Führer sich mit ihm verbündet, weil Hitler und Göring diese zu forcieren versprochen — für entsprechende Gegenleistung natürlich; Aufhebung des SW-Vertrages, Rundfunkbrüche und Reichstagsauflösung. Dafür wurde der Regierung Papen das Leben geschenkt mit all dem Schönen, was sie uns inzwischen geschenkt hat. Warum, ihr Herrschaften des Rechts, ihr Hüter der Armen, schreist ihr nicht mehr: „Weg mit den Notverordnungen“, mit den alten und mit den neuen? Ihr konntet doch so tapfer schmalen bei den Wäggen und Kürzungen und Verminderungen, die nicht den fünften Teil jowiel ausmachen, als sie jetzt über uns gekommen sind. Schmerz euch die Not der Arbeitslosen pflöglich nicht mehr, nachdem ihnen nicht 10 bis 15 %, sondern bis zu 50 % ihrer Bezüge genommen sind? Stehen euch die Kriegsschuldigen pflöglich nicht mehr so nahe? Habt ihr kein Mitleid mit den Invaliden, Witwen, Waisen, denen 6, 5, 4 M pro Monat abgezogen werden? Sind euch die Beamten, Angestellten, Handwerker und Kaufleute gleichgültig, denen neue Steuern auferlegt wurden,

Beschäftigtensteuer ohne Freigrenze in ungerechter Prozeßion, Umsatzsteuer und Salzsteuer? Schreit doch laut: „Weg mit den Notverordnungen“, „Weg mit der Regierung, die sie geschaffen hat!“ Wenn ihr nicht mehr tut, wenn ihr nicht mehr müßt, dann doch nur, weil diese Regierung auf den Schultern eures Führers steht, weil Hitler und Göring ihr Schonung und Duldung versprochen und diese Duldung über trotz aller Affentate auf die Lebenshaltung ihrer Wähler. In Hessen ist angefangen worden zu fragen, aber die Zeit war noch zu kurz. Deshalb, Genossen, fragt laut, fragt deutlich, fragt immer wieder, fragt so oft und so lange, bis sie — keine Antwort mehr geben können!“

Reichsbanner-Schuß wird wieder förmiert!

Die Bundesleitung des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold hat am 18. Juni angeordnet, daß in allen Ortsvereinen die Schußformationen sofort neu aufzustellen sind. Die am 8. Mai angeordnete Mitgliederperre ist aufgehoben. Alle Vorbereitungen für die Neuauffüllung von Schußformationen sind unverzüglich zu treffen. In dem Aufruf, in dem dies mitgeteilt wird, heißt es dann noch: „Tausende und aber Tausende junger Männer sind in den Organisationen der Eisernen Front. Wir rufen ihnen zu: Euer Platz ist jetzt in den Schußformationen! Wir sind und bleiben Gegner jeder Art von Privatarmen. Nicht um selbst Staatsgemäß zu sein, haben wir uns zusammengeschlossen. Unser Ziel war und bleibt: die Autorität der deutschen Republik nach außen und nach innen zu stärken und zu festigen. — Auf Grund privater Parteibündnisse hat die Regierung von Papen, von Cappel, von Schleicher dem Reichspräsidenten den verderblichen Rat gegeben, die Privatarmee eines Mannes wieder entstehen zu lassen, der schon einmal, im Jahre 1923, den Bürgerkrieg entzweitete. Mißbrauch der Demokratie ist die Grundlage der sogenannten nationalsozialistischen Bewegung. In Theorie und Praxis ist Gewaltanwendung gegen Staat und Bürgerrecht die Aufgabe, die ihrer Parteiarmee gestellt ist. Wir lassen uns im Gebrauch unserer Bürgerrechte durch organisierten Terror nicht beschränken. Wir nehmen alle Rechte in Anspruch, die irgendeiner anderen politischen Gruppe gegeben werden!“

Arbeitslosigkeit im Deutschen Bauergewerksbund.

Table showing unemployment results from June 6, 1932. Columns include 'Bezirksverband', 'Berufsbearbeitung', 'Mitgliederzahl', 'Arbeitslose Anzahl', 'Arbeitslose %', and 'Die Woche vorher %'. Lists various regions like Königsberg, Danzig, etc.

Zehn spanische Töpfer durchreisen Deutschland.

Nach Leipzig gelangen teils zu Fuß, teils mit der Eisenbahn von ihrer Heimat im Südwesten Spaniens der Frankreich zehn Töpfer mit ihren zehn Eseln, die ihnen als Tragtiere für ihre Waren dienen. Rund siebenhundert-unfünfhundert Kilometer legen sie zu Fuß zurück und verkaufen unterwegs ökonomische Krüge, die nur in ihrem Heimatdorf verfertigt werden, sogen durch die Schweiz, Italien und Süddeutschland. Ihre schön geformten typischen Waren, die als Wasserbehälter dienen und in der warmen Jahreszeit einen kühlenden Trunk für jeden Durstigen und ohne besondere Kühlung kühlen, werden sie in Berlin feilhalten. Auch haben sie, wie ihr Führer sagt, den schlichten Wunsch, die größte Stadt Deutschlands kennenzulernen, von der ihnen die Deutschen in Spanien gern erzählen. Durch Baden, Württemberg, Bayern, Sachsen kamen sie, erzählen von der Freundlichkeit der Behörden; von Leipzig sind sie enttäuscht, wo ihnen alle irdischen Erleichterungen gemährt wurden, wenn auch das Geschäft für die armen Leute nicht allzu erprieslich gewesen ist. So fanden sie doch in der freundlichen Art der Bevölkerung ihnen gegenüber in jenen deutschen Gebieten, wie sie betonen, ein Stück ihrer eigenen Heimat wieder. Der Polizeipräsident, die Gewerbebehörde, die Handelskammer, die Fachverbände Berlins aber — verlassen den zehn spanischen Töpfern die Einreise nach Berlin. Im Briefe des Polizeipräsidenten heißt es, daß hier in Berlin ein Bedürfnis zum Vertrieb spanischer Gefäße zum Kühlhalten von Wasser nicht besteht. Man hat wohl aus einer Mücke einen Elefanten gemacht, als man den Polizeipräsidenten informierte, sonst wäre wahrscheinlich diese betrübliche Abgabe nicht zustande gekommen. Man würde wohl in Berlin eher die Krüge kaufen, — nicht zum „Kühlhalten von Wasser“, sondern als Karaffe, als ein typisch spanisches Erzeugnis, denn unter Wasser aus den Wasserleitungen ist in der Tat kühl genug, aber das wissen auch die Spanier. Ein deutsches Gewerbe wird kaum geschädigt werden, auch die deutsche Konduktur nicht, aber die Spanier werden ein Verbot von seiten Berlins nicht verstehen,

zumal zehntausende Deutscher in Spanien ganz nach Belieben Handel treiben können und die bezügliche spanische Gastfreundschaft genießen, auch Herr Orzejmiski konnte eine Schuppenkapelle nach Valencia senden, woher vielleicht in Spanien auch gerade kein „Bedürfnis“ besteht. (Berliner Tageblatt.)

Menschliche Unnatur. Der Mensch ist Herr Der Natur. Nur er. Er nur Ist der Herr des Alls. Aber keinesfalls Darf er sein Des Menschen Herr; Ganz allein Der Natur. Ihren Kräften nur Darf er als Gebieter sich zeigen. Und wagt er es dennoch, Den Menschen zu beugen Ins Knechtsjoch. So ist das kaltherzige Unnatur. Herrschsucht und Niedertracht. Der man nur Dadurch ein Ende macht, Indem sich die Knechte Auf sich besinnen Und machtvoll das Rechte Für sich gewinnen. Wie das geschieht! Durch Einigkeit! Ihr seid Knechte nur Der eiginen Unnatur. Seid einig, kämpft gegen die Niedertracht, Und eure Knechtschaft Vergeht über Nacht! Tact.

Radioprogramm für das Dritte Reich.

- 7.30 Uhr: Funkreportage: Deutschland erwacht. 9 Uhr: Schulfunk: Das Rechnen mit gebrochenem Zins; die schaffende Kapitalrente. 10 Uhr: Das wandernde Mikrophon: Hitler erwacht. 11.30 Uhr: Vorträge des Gefangenenvereins „Stahlbad“: 1. Am Galgen vor dem Tode... 2. Stille Nacht, heilige Nacht der langen Messer. 3. Wenn's Judenblut vom Messer spritzt. 4. Arier und Chor aus der Oper „Die Jüdin“ von Salomone. 5. Horst-Wessel-Lied. 12.40 Uhr: Mittagskonzert der SW-Kapelle. Am Maschinenwehr Schlachtfeld Röhren. 15 Uhr: Schallplatten von milden Völkern: Gemaischel aus Palästina. 15.30 Uhr: Märchenstunde für die ganz Kleinen: Lohnerhöhung, eine Forderung der Nationalsozialisten. 16.45 Uhr: Stunde der Frau: Wie erziehe ich mein letztes Kind? 17.30 Uhr: Vortrag Gausaf H. E. Frauenfeld: Die Sauerwirkung in der Literatur. Vorlesung aus eigenen Werken. 19 Uhr: Frei für Übertragung einer Professionsübergabe der NSDAP. (Gegenfall derselb noch unbekannt). 19.50 Uhr: Wetterbericht, Programmfrage für morgen. 20 Uhr: „Der Feind im Blut“, Tragödie einer Aufgeborenen von Adolf Schiller. 22 Uhr: Völkische Beobachtungen. 22.20 Uhr: Übertragung aus dem Hotel Kaiserhof in Berlin. Jazzkapelle „Die fünf Goebbelsers“. Schlagerlieder: 1. Thule, komm mit auf's Raissant. 2. Ich hab dich lieb, brauner SW-Mann. 3. Der Dunkel Schdnalja von der Sdnalja fängt nur Wölger. 4. Was kann der Sdnaljaek dafür, daß er ein Böhm ist? (Rosa, Wiener Arbeiter-Zeitung.)

Wahlkampf-Parole: Eiserner Front gegen Hitler-Baron!

Streiks u. Lohnbewegungen

Maurer, Bauhilfs- und Tiefbauarbeiter: Gesperrt sind die Arbeiter des Unternehmers Schnauer, Niederhaffau (Lübeck), Baustelle Gutshof Bischofsfeld bei Reinfeld wegen unerschämten Lohnbauberufs und die Arbeiter der Firma Wieberich in Norden wegen Tarifstreiks. In Wülfer ist das Baugeschäft Johannes Stevers wegen Nichtzahlung des Tariflohnes gesperrt. In Emmenau (Baugeschäft Kreuzburg) sind die Stieglingsbauern des Unternehmers Thomas Schaley wegen Verweigerung des Tariflohnes gesperrt.

Löhner: Gesperrt sind: In Crimmitschau die Firma Seiginger, in Hohenstein-Ernstthal Eugen Wolf, in Kirchberg, Ologau, Oberherrschaft, Bries, Schweidnitz und Waldenburg stehen die Ofenformer im Abwehrstreik.

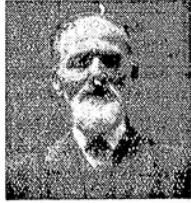
Schweiz. In St. Gallen befinden sich die Maurer und Sandlanger im Abwehrstreik gegen Lohnabbau.

Allgemeinverbindlichkeitsklärung tariflicher Vereinbarungen im Baugewerbe. Bis auf Bayern, Thüringen, Ostfriesland und die Pfalz — für das letztgenannte Gebiet besteht bisher überhaupt noch keine Vereinbarung — sind nunmehr die Schiedsprüche oder Vereinbarungen für alle Gebiete für allgemeinverbindlich erklärt worden.

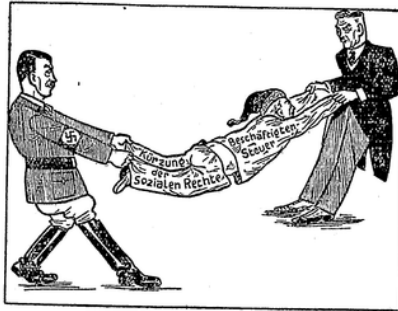
Aus den Baugewerkschaften

Celle. (Ein Sippst.) Im Sommer 1925 reiste hier der Maurer Paul Kühn zu. Er bekam auch Arbeit. Dem damaligen Bauleiter auf dieser Baustelle, jetzigen Vorsitzenden unserer Baugewerkschaft, der von Kühn das Verbandsbuch verlangte, erklärte er, daß für ihn „das nicht in Frage komme“. Pauschen mußte sich aber doch dem Baugewerksbund anschließen. Kaum war er Mitglied, stand er in starker Opposition. Die Gesetzmäßigkeit der Entwicklung nicht kennend, kündigte er große Taten an. Jeder, der nicht seiner Meinung war, wurde als ein Schöfcherl erledigt. Bald ist Paul Delegierter auf einer größeren Baustelle. Einstufige Kollegen erkannten bald in dem Treiben Kühns eine Gefahr für unsere Bewegung. Über Kühn war nun einmal der große Mann... Dann wurde in Celle von Sarstedt ein Warenhaus errichtet. Kühn wird von der Opposition zum Bauleiter ernannt. Aber schon nach kurzer Zeit gerät er mit seinen oppositionellen Kollegen in einen so großen Gegensatz, daß er bald die ganze Bauleitung gegen sich hat. Nun kommen für Kühn nicht mehr die Interessen seiner Kollegen in Betracht; er verteidigt nur noch seine eigenen Interessen und führt gegen alle einen von sich erfüllten persönlichen Kampf. Nach anderthalb Jahren war auch dieser Fall erledigt. Die Keller-Kollegen waren um meine Erklärung zitternd. Die Division 1881 in Celle von „Einheitsverband“ und Kühn wird Herr, ich werde sein. „An“ — Vorsitzender. Nun war alles wieder auf. Über Kühn ließ vorfallen. Sein Ziel war, den Baugewerksbund zu vernichten. Aber seine Parole „Alles hinein in den roten Einheitsverband“ wurde nicht bezogen. Kühn war Diktator im Einheitsverband. Keine sollte nun was erleben. Doch das Unglück schreitet schnell. In einer Versammlung wurden 50 M für die rote Hilfe bewilligt. Diktatorisch wird das von Kühn abgelehnt. Er habe zu bestimmen. Zwei Tage später wird er aus diesem „Verband“ ausgeschlossen. Kühn war nun am Ende. Er gehörte keiner Organisation mehr an. Wer hat nun die Schuld an Kühns Mißgeschick? Kein anderer als der jetzige Vorsitzende unserer Baugewerkschaft! Also galt es diesen zu heiligen. Deshalb schrieb Kühn einen langen Brief an unseren Bezirksleiter, worin unser Vorsitzender in der üblichen Weise denunziert wurde. Obwohl dieser seit 25 Jahren organisiert ist und in der Organisation fast jeden Mann gefunden hat, glaubte Kühn, ihn fassen zu können. — Paul Kühn war für uns niemals ein großer Mann, wohl aber ein Symbol unserer ziellosen, zerstreuten und unruhigen Zeit, ein warnendes Beispiel für alle Kollegen, nicht solchen Irrlehren nachzulaufen!

Wülfelhof. (Ein dreifaches Jubiläum.) Am 14. Juni feierte Kollege Philipp Abel seinen 75. Geburtstag. Wir konnten ihm aber nicht nur zu seinem Geburtstag, sondern auch zu seiner vierzigjährigen Organisationszugehörigkeit und zu seiner mehr als 25jährigen Hilfskassierertätigkeit gratulieren. Die Züchtigkeit als Hilfskassierer übt unser alter Veteran heute noch aus. Jeder der unsern Philipp sieht, muß staunen, wie er noch Trepp auf und Trepp ab läuft. — Für seine langjährige Tätigkeit in der Arbeiterbewegung sagen wir ihm unseren besten Dank. Wir hoffen, daß sich besonders alle jüngeren Kollegen an unserm treuen Philipp Abel ein Vorbild nehmen werden.



Würgburg. Nichtswürdige Ehrabtschneider, dumme Nachschwäger gibts heut sehr viele. Auch in Würgburg. Auforderungen, ihr Unrecht gutzumachen, bleiben aus Feigheit ohne Erfolg. Bei Verleumdungsklagen kann man noch die Kosten selbst zahlen, weil solche Kreaturen mit Geldmitteln nicht so reichlich versehen sind, wie mit Dummheit. — Eine dieser Kreaturen ist das frühere Mitglied Hans Weiberg, das nach Abschluß seiner Gewerkschaftenuntersuchung den Bund „nicht mehr braucht“. Er entbietet sich nicht zu erzählen, was er der Gewerkschaftsführer unserer Baugewerkschaft bewohnt eine 8-Zimmerwohnung! Nummer 2 ist das frühere Mitglied Franzen a b a b: Er hat „entdeckt“, daß Wegner Selbstbater bei einer bisigen Elektrizität (Walch, Reichert & Co.) ist! — Damit die Kollegen wissen, mit was für einer „Sorte“ von Arbeitern sie sich unterhalten, sei der Bildsinn der beiden hier mitgeteilt.



Wichel freck dich —

Aus den Fachgruppen

Asphaltierer. Hamburg. In der Versammlung am 24. Mai gab Kollege Müller den Bericht über die Lohnverhandlungen. Durch die Vierte Notverordnung wurden die Löhne für Vor- und Facharbeiter auf 1,08 M je Stunde und für Hilfsarbeiter auf 0,98 M je Stunde herabgesetzt. Am 24. April wurde mit den Unternehmern vereinbart, daß diese Löhne um einen Monat weiter gelten sollten, bis die Verhandlungen im Baugewerbe erledigt sind. Darauf wurde am 24. Mai erneut verhandelt. Die Unternehmer beantragten, den Lohn für Vor- und Facharbeiter auf 0,92 M und den für Hilfsarbeiter auf 0,82 M zu senken. Dagegen sollte das Mittagsgeld bei Nichtvorhandensein von Unternehmern...



Lohnbewegung

Dachdecker.

Reichsstarifvertrag. Kurz vor Redaktionschluss erfahren wir, daß der Schiedspruch von allen drei Parteien angenommen worden ist, so daß der durch ihn veränderte Reichsstarifvertrag am 1. Juli in Kraft tritt. In der nächsten Ausgabe des „Grundstein“ werden wir den neuen Tarif noch näher besprechen; die Baugewerkschaften sind durch Rundschreiben Nr. 118 bereits unterrichtet.

Politische Zeitnotizen

In jeder Stunde Demokratie! Die Demokratie, nicht genügend gewürdigt, in weiten Schichten unseres Volkes unbekannt, mißachtet — wie auch die Republik — ist in großer Gefahr. Und doch ist sie, die soziale Demokratie, der größte Kraftquell des Volkes. Der einzige, der das ganze Volk auf die rechten, freien Höhen empor zu führen vermag. Zur Oligarchie und Kasten, Zirkel, Zentralkräften und Bluffungen des Volkes können sich nicht mit ihr befreundend. Sie wollen den Staat der Herren und Knechte. Sie wollen ihn wieder haben, den Staat, wie er war um die sechziger Jahre herum und vor 1914. Mit Gesindordnung, Dreiklassenwahlrecht und „freiem Spiel der Kräfte“. Aber! haken heute die sozialen Schleier, oder soll man richtiger sagen Schleier-Gulen? — die das Volk zurückzuführen wollen, in die Finsternis. Auch dafür gibt es Symbole. In der Hedemakstraße in Berlin liegt heute fast in demselben Hause, wo einmalmals Walfahrer Rathenau arbeitete, der „Oberbandit von Berlin“, der Dr. Joseph Goebbels. Jedes Jahr sind es her, daß Angehörige der Organisation Sozial, eine Keimzelle der Reaktion, den Außenminister der Regierung Wirth ermordeten. Das Volk stand auf und nannte den Spuk der Reaktion. Aber einzig wurde es nicht. Und die Reaktion kam wieder, diesmal auf den Rücken der politisch Blinden und Lahmen. Mit diesen Kräften humpelte Joseph Goebbels in das einstige Arbeitszimmer Rathenaus, und in den Reichstag. Dort sitzen die „rauen Kämpfer“ auf den Plätzen, wohin der Kanzler Wirth gerufen am 25. Juni 1922 seine heute zugleich historische und aktuellen Worte sprach: „In jeder Stunde Demokratie. Da steht der Feind, der dem Volk das Gift eintränkt und diesen Feind gilt es zu schlagen. Der Feind steht rechts und nur rechts.“ Dieselben Kräfte, die vor zehn Jahren mit dem politischen Nord begannen, sitzen heute in allen deutschen Parlamenten rechts und in den Braunen Häusern. Wie vor Jahren republikanische Staatsmänner gemuschelt wurden, so soll nun das ganze Volk gemuschelt werden. Wenn Deutschlands Arbeiterchaft nicht will, daß die folgenden Worte Rathenaus Wirklichkeit werden sollen: „Wer in zwanzig Jahren Deutschland betritt, wird niederstinken vor Scham und Trauer... Die deutschen Städte werden nicht als Trümmer liegen, sondern als halberstorbene...

feinerne Blöcke, noch zum Teil bemohnt vom kümmerlichen Anschein. Die Landstraßen sind zerfahren, die Wälder sind abgeschlagen, auf den Feldern keimt dürftige Saat. Säfen, Bahnen, Kanäle verkommen...“; wer dies nicht will, der erinnere sich daran, daß unser Feind rechts steht. Diesen Feind, Hitler, gilt es zu schlagen am 31. Juli. Er gründlicher desto besser. Erst dann werden wir haben: In jeder Stunde Demokratie. Freiheit!

Kramall überall. Es beständig sich immer mehr, daß die Nationalsozialisten es darauf abgesehen haben, die Landesregierungen und ihre Polizei unfähig zu machen, Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten. In allen Gebieten Deutschlands werden ständig Kramalle infiziert. Die Hauptbeteiligten sind stets die Nazis. Häufig werden Reichsbannerleute überfallen. Noch nie gab es eine Reichsregierung, die gegenüber Würgerkriegsheimen so unfähig gewesen ist wie die Papen-Regierung. Alles zu höherer Ehre Hitlers! Seine Forderungen an die Papen-Regierung werden immer gefeierter. Hitler hat ihr nun ein Ultimatum gestellt, indem er den Ausnahmezustand gegen die Länder fordert, die wie die süddeutschen gegenüber der Reichsregierung ihre eigene entgegengelegte Meinung vertreten und etwa ihre Uniform- und Demonstrationenverbote aufrechterhalten und auch sonst nicht nachfreundlich sind. Der Wächter der Nazis ist grenzenlos. Eine Rede von Goebbels — Goebbels würde wohl sagen: „dieser Ausgeburt von Dreck und Feuer“ — enthielt Drohungen und Heckerien, die seinen eigenen bisherigen Rekord schlagen. „Die NSDAP. hätte keine vierzehn Tage gebraucht, das Verbot aufzuheben und die landesverräterischen Frontreure zurechtzuweisen. Die NSDAP. hätte ihnen fünf Minuten Bedenkzeit gegeben und bei Ablehnung den Ausnahmezustand verhängt. Sie — die NSDAP. — habe bis heute die Neroven behaftet. Wie lange das noch möglich sein werde, wisse er nicht. Wenn einem Nazi-Führer auch nur ein Härtchen gekräumt werde, werde die NSDAP. in Deutschland ein Strafgericht vollziehen, wie es in noch nicht geschah.“ Die Nationalsozialistische „Korrespondenz“ fordert rasch die Verhängung des Ausnahmezustandes im gesamten deutschen Staatsgebiet und Säuberung der schwarz-roten Polizeikräfte, insbesondere in Preußen. „Es ist fünf Minuten vor zwölf!“ — Ja, es ist in der Tat fünf Minuten vor zwölf. Die organisierten Arbeiter werden sich zu wehren wissen.

Scharfe Antwort an die Reichsregierung. Eine Konferenz der Innenminister der Länder, in der sich Herr v. Carl bemühte, zugunsten der Nazis die Aufhebung der Demonstrations- und Uniformverbote in den süddeutschen Ländern zu erreichen, verlief ergebnislos. — In einer gemeinsamen Kundgebung haben die bayerische Staatsregierung und der Landtag die Forderung des Reichsinnenministers, das Uniform- und Demonstrationsverbot aufzuheben, mit aller Entschiedenheit und Schärfe abgelehnt. — So haben Papen-Schleier-Ganp alles glücklich durcheinander gebracht. Das Volk ist gegen sie, die süddeutschen und anderen Staaten auch. Und das alles Hitler zuliebe, und im Zeichen der „Nationalen Konzentration“.

Über Herr von Papen! In einer Unterredung mit dem Chefredakteur des „Pacif“, „Maffin“ erklärte der Reichskanzler: „Ich erkenne an erster an, daß bei der Liquidierung der Reparationen Frankreich ein Unrecht auf Kompensationen hat. Wenn ich materiell dazu in der Lage wäre, diese Kompensation in Form einer Geldsumme anzubieten, würde ich dies freudigen Herzens tun.“ — Also freudigen Herzens würde der Kanzler von Stillers Erben Tribute zahlen. Wie wird euch, ihr Nationalisten! — Aber Herr von Papen sagte noch mehr: „Ich sage hinzu, daß ich heute — was meine Vorgänger nicht sagen konnten — alle nationalen Kräfte Deutschlands vereine.“ Da hinter der heutigen Regierung nicht einmal Zentrum und auch nicht Demokraten stehen, so stimmt dies nicht. Lebhaft bleiben als „nationale“ Kräfte im wesentlichen neben den Dingelbepnern und Hugenbergern, die Mannen Stillers von Köhm bis Heimes. Nationale Kräfte? Franz von Papen! „Du gleichst dem Geiß, den du begreifst!“

Jedes Bundesmitglied fühlt sich verpflichtet

zu gewissenhafter Auskufft darüber, wieweil Wochens es seit 1930 bis zum 31. Mai 1932 arbeitslos war. Wer die Fragekarte noch nicht beantwortet hat, muß dies jetzt schnellstens nachholen. Alle Bundesmitglieder müssen die Karte ausfüllen, ganz gleich, ob sie am 31. Mai arbeitslos waren oder in Arbeit standen. Wer noch keine Fragekarte erhalten, oder sie unmöglich vorlegt haben sollte, fordere sofort von seinem Bundesgruppenvorsitzenden oder von seinem Zahlstellen- oder Fachgruppenobmann eine Karte an. Die Umfrage über die Dauer der von dem Einzelnen durchgemachten Arbeitslosigkeit ist ein an alle Bundesmitglieder gerichteter Aufruf mitzubefolgen bei der Beschaffung äußerst wichtiger Unterlagen, deren der Bundesobstand bedarf, um den gesamten Dienstleistungsstellen, besonders aber den verantwortlichen Stellen in Reich, Ländern und Gemeinden erneut, mit allem Nachdruck vorzustellen, wie dringend notwendig es ist, das Baugewerbe wieder zum Leben zu erwecken! Bundesmitglieder sorgt dafür, daß auch die Mitglieder die Karte beantworten, die das bisher veräußerten. Anterstützt euren Baugewerkschaftsvorstand als freiwillige Helfer, damit er die noch ausstehenden Karten schnellstens zusammenbekommt und dem Bundesobstand zuwenden kann!

